

CDU-Fraktion, Lokstedter Weg 24, 20251 Hamburg

An die Vorsitzende der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Frau Dagmar Wiedemann
Kümmellstraße 5-7
20249 Hamburg

13.06.2016
stu

EILANTRAG

Bündnis für den Radverkehr: Die Anregungen der Bezirke ernst nehmen!

Sachverhalt:

Der Senat hatte den Bezirksversammlungen im Frühjahr seine Vorstellungen zum „Bündnis für den Radverkehr“ mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hatte daraufhin am 12. Mai fristgerecht zahlreiche Änderungsvorschläge unterbreitet (siehe Drs. 20-2991).

In der überarbeiteten Version, die der Senat nun vorgelegt hat, sind leider zahlreiche der von der Bezirksversammlung beschlossenen Punkte nicht berücksichtigt worden. Dieses betrifft insbesondere die aus Sicht der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wichtigsten Punkte bezüglich der Personal- und Finanzmittel. Dies ist im Sinne der Förderung des Radverkehrs im Bezirk Hamburg-Nord nicht hinnehmbar.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1) Die Bezirksversammlung lehnt den überarbeiteten Text „Bündnis für den Radverkehr“ ab und fordert den Senat auf, die folgenden, von der Bezirksversammlung beschlossenen Punkte in das Papier einzuarbeiten:

1. Anreizsystem

Das Bündnis für den Wohnungsbau beinhaltet ein System finanzieller Anreize für die Bezirke, viele Wohnungsbauanträge zu genehmigen. Die Bezirksversammlung fordert, ein solches System auch im BfdR zu etablieren.

2. Mittel für bezirkliche Radrouten

Der Bezirk Hamburg-Nord hat ein bezirkliches Radverkehrskon-

zept erstellen lassen. Die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen soll laut Entwurf des BfdR einen „nennenswerten Beitrag“ zum Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in Hamburg leisten. Mit den zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln können nur etwa zwei Maßnahmen pro Jahr umgesetzt werden. Das bezirkliche Radverkehrskonzept umfasst aber ca. 100 Maßnahmen. Bei Beibehaltung der derzeitigen Mittelausstattung wäre damit voraussichtlich erst im Jahr 2066 das bezirkliche Radroutennetz fertiggestellt. Die Bezirksversammlung fordert daher eine deutliche Aufstockung der bezirklichen Radverkehrsmittel, um wirklich einen nennenswerten Beitrag zur Umsetzung des BfdR leisten zu können.

3. Personal für die bezirklichen Tiefbauämter

Schon heute können viele bezirkliche Tiefbaumaßnahmen nur verzögert umgesetzt werden, da dem Bezirksamt nicht genügend Personal zur Verfügung steht. Selbst wenn alle Planungsleistungen extern vergeben würden, müssen diese weiterhin von bezirklichem Personal betreut werden. Im Hochbaubereich hat der Senat auf eine vergleichbare Problematik mit einer Einstellungsoffensive für Bauprüferinnen und -prüfer reagiert. Wenn die bezirklichen Radrouten also einen nennenswerten Beitrag zum Infrastrukturausbau für den Radverkehr leisten sollen, müssen die Tiefbauämter mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden. Die im Rahmen des BfdR vorgesehenen Mittel für zusätzliches Personal sind aus Sicht der Bezirksversammlung noch nicht ausreichend, da sie im Wesentlichen nur den zusätzlichen Bedarf durch den Veloroutenausbau abdecken, nicht aber das derzeitige Defizit beim bezirklichen Radroutenausbau.

Dr. Andreas Schott
Fraktionsvorsitzender

Christoph Ploß
Bernd Kroll